

die früh unter französische Herrschaft kamen und in denen sich das Kulturproblem heute in Form der typischen Erscheinungen der Emanzipation am Ende des Kolonialzeitalters zeigt. Auf den Wechsel der Kultur Tendenzen war die Kirche Mittelamerikas schlecht vorbereitet. So ist es begreiflich, wenn die Selbständigkeitsbewegung im 19. Jahrhundert sich gegen die traditionsgebundene Kirche entwickelte und einen antikatholischen Charakter annahm. Es zeigte sich jetzt auch, daß die sog. lateinische Zivilisation nicht in die Tiefen gedrungen war. Das religiöse Empfinden der Einheimischen übernahm Formen, ohne sie beseelen zu können. Daher auch das Weiterleben altheidnischer Anschauungen in christlichen Formen bei jenen Teilen der Bevölkerung, die aus den Indianerkulturen kamen. Ähnliches ist bei der Negerbevölkerung auf den Antillen festzustellen, die sich stellenweise einer christlich-heidnischen Mischreligion zuwandte, die für die katholische Seelsorge nicht mehr erreichbar ist. Manche sind auch der Meinung, daß der große Priestermangel mit der mangelnden Anziehungskraft einer Kirche zusammenhängt, die durch die Umstände die lebendige Föhlung mit

der Kulturentwicklung verlor und die als außerhalb der nationalen Aspirationen stehend betrachtet wurde. Auf jeden Fall kann die beklagenswerte Erscheinung des Priester mangels nicht allein aus äußeren Umständen und aus Hemmungen der Regierenden gegen die Entfaltung der Kirche erklärt werden. Die Entwicklung in Mittelamerika wird einmal auch die restlichen Kolonialgebiete zur Freiheit führen. Die zur Freiheit strebenden Völker haben ihre eigenen Probleme. Sie zeigen sich schon jetzt in den selbständigen Staaten. Vor allem muß die Kirche den gesellschaftlichen Wandlungen und den sozialen Entwicklungen ihre volle Aufmerksamkeit zeigen und hier konstruktive Ideen entwickeln. Wenn sie auch in ihrem augenblicklichen Zustand leider nicht imstande ist, überall ihre formgebenden Kräfte zu entfalten, so müssen die Verantwortlichen doch sehen, wo es fehlt und wo angepackt werden muß. Das Priesterproblem ist allein nicht entscheidend. Wichtiger ist die Bemühung, die Entfremdung der Kirche von der lebendigen Entwicklung der Völker zu verhüten und mit ihnen den Weg in eine neue Zukunft zu gehen.

Aus der Ökumene

Die Hoffnung von Evanston

Die 2. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen

Am 31. August schloß die 2. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen, die am 15. August in der Nordwest-Universität von Evanston bei Chicago eröffnet worden war, ihre Beratungen ab, nachdem sie das umfangreiche Programm der sechs Sektionen und der Plenarsitzungen planmäßig abgewickelt hatte. Eine unvorstellbare Publizität, die meisterhaft Presse und Rundfunk einsetzte und bediente, sollte die Konferenz zu einem der gewaltigsten Ereignisse in der neueren Geschichte der USA und Kanadas machen und bot ihr außerordentliche Chancen, das für ökumenische Anliegen nicht sehr offene Bewußtsein der Amerikaner zu erwecken und einem Denominationalismus zu entreißen, der vielfach an dem Sonderleben der Lokalgemeinden Genüge findet; zu erwecken vor allem für ein tieferes Verständnis des Kerns der christlichen Botschaft von der Auferstehung und der Wiederkunft Christi. Wir beginnen in diesem Heft die Berichte über das Ereignis von Evanston, wo die Vertreter von etwa 170 Millionen vielfältig gespaltener Christen versammelt waren, stellen aber die Gesamtwürdigung noch zurück, bis ausgewogene Stimmen aus den verschiedenen ökumenischen Gruppen vorliegen. Die Konferenzakten, die der Presse vom ersten Entwurf der Texte bis zu ihrer letzten Fassung zugänglich gemacht wurden, geben uns eine zuverlässige Grundlage für die Darstellung der hervorragenden Tatsachen und Beschlüsse, soweit sie auch für uns Katholiken von Interesse sind.

Es bedarf freilich einer Erinnerung an die Aufgaben, die der Konferenz seit der Gründung des Weltrates im August 1948 gestellt waren. Der Generalsekretär Dr. Visser 'tHooft hat mehrfach ebenso umsichtig wie energisch gemahnt, daß der Weltrat diesmal seine Bewährungsprobe abzulegen habe. Es ist für uns Katholiken schwer vorstellbar, daß eine Gründung, die bewußt nicht „die Kirche“ sein noch eine Superkirche bilden will, eben als Gründung

von Menschen so sehr vom Prestige im guten Sinne abhängig ist. Nur wenn man das versteht, kann man den Leistungen der Konferenz gerecht werden. In Lund sagte Dr. 't Hooft vor zwei Jahren, man könne nicht mehr länger von der neuen und echten Einheit sprechen, die unter den Kirchen entstanden ist, „und in aller Ruhe die Tatsache hinnehmen, daß die Art unserer kirchlichen Organisation und unserer Tätigkeit weiterhin den Eindruck macht, als ob jede Konfession in ihrer eigenen Gesetzmäßigkeit verharret. Hier liegt die Gefahr einer Unaufrichtigkeit...“ (vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 583). Auf der Gründungsversammlung in Amsterdam blieben viele Probleme ungelöst, darunter die Einheit im Glaubensbekenntnis, in der kirchlichen Ordnung und im Abendmahl, aber auch die Frage der wirksamen Evangelisation der Gemeinden im Sinne ökumenischer Verantwortung und Solidarität, die Schaffung einer christlichen Soziallehre, die den rechten Ausgleich zwischen Kapitalismus und Sozialismus leistet, und nicht zuletzt die äußerst akute Frage einer klaren Stellung zum modernen Krieg mit seinen furchtbaren Vernichtungswaffen, die nun durch die entschiedene Osterbotschaft Papst Pius' XII. von 1954 (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 411) zu einer unabweislichen Notwendigkeit geworden war, ganz zu schweigen von einer dogmatischen Präzisierung der „christologischen Basis“ des Weltrates. Alle diese Fragen sollten durch das Generalthema über „Christus — die Hoffnung der Welt“ ihrer Lösung nähergebracht werden. Dazu kam die nicht leichte Aufgabe der von der Verfassung geforderten Neuwahl des sechsköpfigen Präsidiums anstelle der bewährten Veteranen der Ökumenischen Bewegung. Wieweit ist es gelungen, diese großen Aufgaben zu bewältigen?

„Konsolidierung“

Sogleich nach Abschluß der Konferenz gaben Dr. 't Hooft Bischof Berggrav und Landesbischof Lilje Erklärungen über das Ergebnis der Versammlung ab. Sie sagten, die

Ökumenische Bewegung habe nach einer Periode lang-samen und keineswegs ungefährdeten Wachstums zu einer gewissen Reife geführt, so daß man jetzt von einer Konsolidierung des Weltrats sprechen könne. „Die Ökumenische Bewegung sitzt jetzt im Sattel. Sie ist für die in ihr vereinigten Kirchen eine Notwendigkeit, auch wenn es für die kommenden Jahre noch vieler Geduld bedarf“ (Berg-grav). Wenn man die Spannungen bedenke, etwa die Gegensätze in der Rassenfrage, die verschiedenen Auffas-sungen über die Sozialordnung oder den Ost-West-Kon-flikt, so könne man sich nicht genug darüber wundern, daß eine Konferenz von so weiten Ausmaßen diese Spannungen ausgehalten habe, ohne daran zu zerbrechen, meinte Dr. 't Hooft, der auch die Rückwirkungen auf die amerika-nischen Christen unterstrich: sie würden nun mit größerer Festigkeit ihren harten Kampf für die Geistesfreiheit und gegen gewisse Erscheinungen eines übersteigerten Nationa-lismus weiterführen. Dr. Lilje fügte dem freilich hinzu, es habe sich beim Ablauf dieser riesigen Versammlung gezeigt, „daß die hier angewandten parlamentarischen Methoden nicht geeignet sind, echte geistige Entscheidungen herbeizuführen“, eine Klage, die von lutherischer Seite schon über die Methoden der Weltkonferenz von Lund laut wurde (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 210 f.).

Der Landesbischof dachte dabei wohl besonders an seine Erfahrungen, die er als Vorsitzender der Kommission für die Koordinierung der vielen Aussprachegruppen über das Generalthema zu machen hatte, einer unendlich müh-seligen Arbeit: sie hat zwar das eine sicher vollauf er-reicht, daß alle Delegierten eine intensive theologische Schulung über christliche Eschatologie durchmachen mußten — gewiß kein geringes Ergebnis — eine Arbeit, die aber trotz der in Amsterdam als Verhandlungsleiter der 1. Sek-tion bewährten Geschicklichkeit von Dr. Lilje schließlich doch mit einem Fehlschlag endete. Es gelang nicht, wie wir im einzelnen noch sehen werden, das große Dokument des Theologenausschusses über die Hoffnung auch nur in der Form durchzubringen, daß die Vollversammlung es „ent-gegennahm“. Statt dessen wurde nach sehr schwierigen Beratungen ein Statement beschlossen, das zusammen mit der ursprünglichen Vorlage und den Diskussionsproto-kollen den Mitgliedskirchen zum Studium zugeleitet werden soll, das aber praktisch die Vorlage zerredet. Evan-ston hat also die erwartete Botschaft über die christliche Hoffnung nicht zustande gebracht. Das Thema war, wie alle Vorbereitungen deutlich erkennen ließen, zu schwie-rig und enthielt viele dogmatische Kernfragen, so daß zu seiner Lösung die Einheit des Glaubens und der Kirche hätte vorausgesetzt werden müssen.

Die Botschaft

An die Stelle trat eine allgemeinere Botschaft der Voll-versammlung an die Gemeinden der Mitgliedskirchen. Sie spricht auch von der Hoffnung: „Christus ist auferstan-den, er hat die Mächte des Bösen, der Sünde und des Todes überwunden. Ein neues Leben hat begonnen. Der Tod hat nicht mehr das letzte Wort. In der Kraft seiner Auf-erstehung und Himmelfahrt hat er ein neues Volk in die Welt entsandt, verbunden durch seinen Geist und sein göttliches Leben teilend. Diesem Volk ist es aufgetragen, ihn der ganzen Welt bekanntzumachen. Er wird wieder-kommen als Richter und König, um alle Dinge zur Voll-endung zu bringen. Dann werden wir ihn sehen, wie er ist, und erkennen, wie wir erkannt wurden. Mit der gan-

zen Schöpfung warten wir dessen in lebendiger Hoff-nung . . . In dieser Gewißheit können wir getrosten Her-zens der Sünde und dem Leid der Welt, den Mächten des Bösen und dem Drohen des Todes ins Auge sehen. Von der Furcht erlöst, sind wir frei zur Liebe . . . Deshalb weist uns die christliche Hoffnung an unseren Näch-sten.“

Besonders an die Gemeinden gewandt, heißt es dann: „Vor sechs Jahren sind unsere Kirchen übereingekommen, den Weltrat der Kirchen zu bilden, und haben den Willen be-kundet, zusammenzubleiben. Wir danken Gott für den Segen, den er in diesen sechs Jahren auf unsere Arbeit und unsere Gemeinschaft gelegt hat. Jetzt treten wir in einen zweiten Abschnitt ein. Es genügt nicht, beieinander zu bleiben. Wir müssen vorwärts. Je mehr wir unsere Einheit in Christus erkennen, um so schwerer ist es zu ertragen, wenn wir vor der Welt im Widerspruch zu die-ser Einheit leben. Deshalb fragen wir euch: ‚Sieht eure Kirche ihr Verhältnis zu den anderen Kirchen ernsthaft im Licht des Gebets unseres Herrn, daß wir alle eins und in der Wahrheit geheiligt sein sollen? Tut eure Gemeinde zusammen mit ihren Nachbargemeinden alles, was sie vermag, daß eure Nächsten wirklich die Stimme des einen Hirten hören, der alle in eine Herde ruft?‘“ Es wird so-dann das Fernbleiben der chinesischen Christen beklagt und erklärt, es sei nicht genug, wenn die Christen Frie-den für sich selbst suchen. Sie müssen die Gerechtigkeit für andere suchen.

Ächtung der Vernichtungswaffen

In diesem Zusammenhang berichteten wir schon an dieser Stelle über den bedeutenden und weitreichenden Beschluß, den die 4. Sektion, das heißt die Arbeit der CCIA (Kommission der Kirchen für Internationale Angelegen-heiten), vorbereitet hatte. Wie bereits in der Vorschau auf Evanston erwähnt (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 564), gelang es 1948 in Amsterdam einer vom Bischof von Chichester, Dr. G. K. Bell, und Präsident Mar-tin Niemöller geführten Gruppe nicht, eine moralische Ächtung des Atomkrieges zu erwirken (vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jhg., S. 520 f., und 3. Jhg., S. 234 f.). Trotz sachkundiger neutraler Informationen, daß man auf die Atomwaffe als einzige Rettung gegen den bolsche-wistischen Ansturm nicht rechnen dürfe, blieb die Mehr-heit der Delegierten in Amsterdam dabei, keine ausdrück-liche Verwerfung der Atomwaffen zu beschließen. In-zwischen hat aber die Atomwaffe eine neue Entwicklung zur Wasserstoffbombe vollzogen, und die Welt wurde Zeuge der schrecklichen Wirkungen der Experimente, außerdem wurde es gewiß, daß auch Sowjetrußland diese Waffe besitzt.

Diese neue Lage hat wohl dazu geführt, daß die 2. Voll-versammlung von Evanston einen entscheidenden Schritt gewagt hat. Noch das Vorbereitungsheft der 4. Sektion, das 1953 herauskam, ließ dergleichen nicht erkennen (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 67). Es endete in allzuvielen Fragen und ließ kein Ziel sichtbar werden. Jetzt finden wir im Rahmen eines größeren Friedenspro-grammes, über das später berichtet werden soll, die lapi-dare Feststellung, daß wahrer Friede nicht auf Furcht be-ruhen kann, weil man nicht in dem Besitz der Wasser-stoffbombe eine Garantie für den Frieden sehen darf. In dieser Lage müßten die Christen die verwandelnde Macht Jesu Christi in die Herzen der Menschen tragen und für folgendes eintreten:

Zu einer wahren internationalen Friedensordnung gehört mit den Mitteln wirksamer internationaler Kontrolle die Eliminierung und das Verbot der Atom-, Hydrogen- und anderen Massenvernichtungswaffen sowie die Abrüstung aller Waffen auf ein Minimum. „Zuallererst rufen wir alle Nationen auf, sich der Drohung und des Gebrauchs der Hydrogen-, Atom- oder anderen Massenvernichtungswaffen ebenso zu enthalten wie anderer Mittel der Gewalt gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates. Sollte diese Verpflichtung gebrochen werden, so sieht die Charta der Vereinten Nationen eine Kollektivaktion vor . . .“ Auch sollten sich die Nationen bei experimenteller Erprobung dieser Waffen auf ihr eigenes Gebiet beschränken. Dieser Beschluß steht im Zusammenhang mit einer gleichzeitigen Verwerfung des Totalitarismus. Es soll aber nicht bei diesem Beschluß bleiben. Der neugewählte Zentralaus-schuß wurde beauftragt, unmittelbar nach der Konferenz von Evanston die entsprechenden Schritte zu seiner Durchführung zu treffen: besondere kirchliche Delegationen sollen den Aufruf des Weltrates der Kirchen den Regierungen der einzelnen Länder unter Hinweis auf die große Anhängerschaft des Weltrates übermitteln. Zu dem gleichen Zweck ist eine Fühlungnahme mit den Kirchen in der Sowjetunion vorgesehen sowie mit den übrigen Kirchen, die dem Weltrat nicht angehören, wobei kein Wort darüber gesagt ist, daß hier die römisch-katholische Kirche ausgenommen werden soll, die ja mit der Osterbotschaft des Papstes bereits voranging.

Das neue Präsidium

Unter den positiven Tatsachen ist sodann die Wahl der neuen sechs Präsidenten zu erwähnen. Der Gedanke, die Einheitlichkeit des Weltrates durch die Wahl nur eines Präsidenten zum Ausdruck zu bringen, wurde angesichts der schweren Meinungsverschiedenheiten in den wichtigsten Glaubensfragen nicht verwirklicht. Man wählte nur als Zeichen der hohen Wertschätzung den bisherigen Präsidenten des Exekutivausschusses, den Bischof von Chichester, Dr. G. K. Bell, zum Ehrenpräsidenten des Weltrates. Die Zusammensetzung des sechsköpfigen Präsidiums ist recht bezeichnend: es fehlt darin ein ausgesprochen konfessioneller Lutheraner. Der Lutherische Weltbund wurde mit der Wahl von Dr. Franklin Fry, einem führenden Kopf des amerikanischen Luthertums, zum Präsidenten des Zentralaus-schusses berücksichtigt. Auch er ist kein Lutheraner der orthodoxen Richtung. Schwierig gestaltete sich die Wahl eines deutschen Kirchenmannes. Man wollte diesmal einen Deutschen ins Präsidium wählen. Es kandidierten — ähnlich wie auf der Generalsynode der EKD in Bethel für die Wahl des Ratsvorsitzenden — Bischof D. Otto Dibelius, Landesbischof D. Hanns Lilje und Präsident Martin Niemöller, aber auch Dr. Reinhold von Thadden-Trieglaff, Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages, für den sich besonders Niemöller einsetzte. Gewählt wurde schließlich D. Dibelius, ein Mann, dessen überragende Gestalt unbestritten ist, der aber nicht als Lutheraner, sondern als Unierter in Evanston geführt wurde (man kennt ihn innerhalb der EKD als Gegenspieler gegen die VELKD) und der schließlich die besondere Eigenschaft besitzt, daß er sozusagen mit einem Fuß jenseits des Eisernen Vorhanges steht. So kommt seiner Wahl in jeder Hinsicht eine richtungweisende Bedeutung zu. Es ist erstaunlich, daß er in seinem

hohen Alter von 74 Jahren noch diese Last auf sich genommen hat. Er tat es im vollen Bewußtsein der Verantwortung für die evangelischen Christen der Ostzone, denen damit gezeigt wird, daß der Weltrat sie nicht vergißt. Er tat es aber auch, weil nach seiner in Evanston ausgesprochenen Überzeugung ein Zusammenbruch der evangelischen Kirchen im Osten ein schwerer Verlust für den Protestantismus sein würde. Da er nicht weit von Genf amtiert, wird seine Erfahrung dem Generalsekretariat zugute kommen.

Der andere europäische Kirchenmann ist der 68jährige reformierte schottische Theologe John Baillie, Edinburgh, der auf der Tagung des Reformierten Weltbundes zu Princeton als Gegner der katholisierenden Gruppen im Calvinismus auftrat. Aus Nordamerika wurde der leitende Bischof der Protestantischen Episkopalkirche gewählt, Henry Knox Sherill, New York. Er steht im 65. Lebensjahr und vertritt nun anstelle des ausgeschiedenen Erzbischofs von Canterbury, John Fisher, die Anglikaner, natürlich nicht mit derselben Autorität wie jener. Er war auf dem Kongreß der anglikanischen Bischöfe in Minneapolis mit dem kühnen Vorschlag hervorgetreten, alle praktizierenden Christen zum Abendmahl des anglikanischen Gottesdienstes in Evanston zuzulassen. Zum erstenmal ist auch der südamerikanische Protestantismus im Präsidium vertreten, und zwar durch den Methodistenbischof Sante Uberto Barbieri, Buenos Aires. Asien stellt als Vertreter im Präsidium den Metropoliten Mar Thoma Juhanon von der Syrischen Kirche in Malabar, Südindien, und an die Stelle des orthodoxen Metropoliten Athenagoras, London, tritt Metropolit Michael, New York, Exarch des Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel für Nord- und Südamerika. Über seine Person ist u. a. zu vermelden, daß er in Evanston zwei bemerkenswerte Hinweise über den Weg zu einer Wiedervereinigung der Christenheit machte. Er erzählte von seiner engen Freundschaft zu einem bedeutenden römisch-katholischen Theologen in den USA, mit dem er sich über einen möglichen Modus verständigt habe, und er wies sodann auf die Mechelner Gespräche von 1921—27 zwischen den Anglikanern und dem Kardinal Mercier hin: wenn man diese Gespräche richtig zu Ende geführt hätte, so wäre man heute schon ein gut Stück weiter! Kein Wunder, daß diese Hinweise die Versammlung schockierten, weil sie über die gewohnten orthodoxen Grundsatzklärungen hinausgingen.

Kein gemeinsames Abendmahl

Das stürmische Verlangen vieler Ökumeniker, darunter auch des lutherischen Altbischofs Eivind Berggrav, nun endlich mit einem gemeinsamen Abendmahlsgottesdienst den Schritt voranzutun, ohne den der Weltrat nicht Kirche sein kann, wurde nicht erfüllt. Es fand nur ein gemeinsamer Vorbereitungsgottesdienst für die fünf getrennten Abendmahlsgottesdienste statt, die von Anglikanern, Methodisten und der „Kirche von Südindien“ als „offene Kommunion“ gehalten wurden, d. h. allen Getauften die Teilnahme gestatteten. Die Lutheraner machten die Zulassung zur Kommunion von dem Glauben an die Realpräsenz Christi in Brot und Wein abhängig, und die Orthodoxen hielten eine geschlossene Liturgie. Dieses schon in Amsterdam eingehaltene Verfahren entspricht den vorsichtigen Grundsätzen des Weltrates und wäre nicht weiter aufgefallen, wenn man nicht vorher einen so leidenschaftlichen Appell zum Niederreißen der Schranken an die Delegierten gerichtet hätte. Der tatsächliche

Verlauf der Beratungen sowohl über das Hauptthema wie auch über das Thema der 1. Sektion, also das besondere Anliegen von Faith and Order, hat gezeigt, daß die Zurückhaltung weise und richtig war.

Da viele katholische Theologen sich darum bemüht haben, die ökumenische Besinnung über die christliche Hoffnung zu fördern (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 519 f.), ist es von besonderem Interesse, zu erfahren, woran die Annahme des Dokumentes der Theologenkommission gescheitert ist. Daraus könnten sich Folgerungen für das weitere Studium der ökumenischen Frage ergeben. Seit Veröffentlichung des ersten Entwurfes der Vorlage im Jahre 1952 hat die Herder-Korrespondenz laufend über die Kritik amerikanischer Kirchenmänner an der „futuresistischen Eschatologie“ europäischer Theologen berichtet. Man darf wohl sagen, daß die Botschaft von der Wiederkunft Christi die Amerikaner aufs tiefste erregt und in ihrem sozial-ethischen Optimismus erschüttert hat. Wenn wir die zahlreichen Protokolle über die Beratungen des Generalthemas durchsehen, so bricht überall der scharfe Gegensatz zwischen der amerikanischen und der deutschen Theologie durch. Es half nichts, daß Bischof Lesslie Newbigin, Vorsitzender der Theologenkommission, die Bedeutung der Vorlage unterstrich, indem er erklärte, sie sei nicht einfach die Arbeit von zwei Dutzend Männern, sondern das Ergebnis einer sorgfältigen Aussprache in allen Mitgliedskirchen, an der sich ungefähr 400 Personen mit wertvollen Beiträgen beteiligt hätten. Er konnte nicht mehr erreichen, als daß schließlich in dem Statement diese Arbeit als ein bedeutender Konsensus von Theologen dankbar anerkannt und insofern ein ökumenisches Ereignis genannt wurde.

Der Kampf um das Generalthema

Es war sicher von Nutzen, daß man sogleich sämtliche Delegierte und Visitors auf 15 Arbeitsgruppen verteilte, die alle das Generalthema gründlich und mehrfach durchsprachen. Die Vorsitzenden dieser Gruppen traten dann zwischendurch unter Leitung von Landesbischof Lilje zusammen, um das Resultat der Aussprachen und Kritiken zusammenzufassen. Dabei ergaben sich folgende Haupteinwände:

Das Dokument über die Hoffnung sei zu theologisch, es müsse erst in eine Sprache übersetzt werden, die sowohl von den einfachen Christen wie auch von Heiden verstanden werden könne. Es wurde weniger beanstandet, was darin gesagt war, sondern wie es gesagt ist und was fehlt. Zwar sei die überwiegende Mehrheit, so liest man, über folgende Punkte einig: das Zeugnis über die Hoffnung müsse aus der Bibel geschöpft werden, es dürfe nicht auf menschliche Erwartungen, sondern auf die Verheißungen Gottes und das Gewicht der aktiven Gegenwart Christi gegründet werden. Und diese Gegenwart in Wort und Sakrament sei unabtrennbar von der „zweiten Ankunft Christi“ am Ende der Tage. Auch gebe es jetzt schon viele Zeichen der Hoffnung. Aber gerade da wurde manches vermißt: die rechte Freudigkeit und Zuversicht auf die verwandelnde Kraft des Geistes Christi, die das stärkste Motiv der christlichen Mission ist, sodann jene Zeichen, die dem Christen helfen, sein sittliches Selbstbewußtsein im täglichen Leben zu bewahren, die Früchte der Predigt, die die Herzen erneuert, eine Gesellschaft, die die menschliche Würde anerkennt und sich bemüht, Hunger, Blindheit, Krieg und Verzweiflung zu verbannen, über-

haupt die ständige Gegenwart des Heiligen Geistes. Einige machten geltend, die „falschen Hoffnungen“ der Welt, d. h. die demokratische, die humanistische und die marxistische Utopie seien entweder zu sympathisch oder mit zu wenig Verständnis behandelt, die Liste sei auch nicht vollständig und die heidnischen Religionen ungenügend berücksichtigt. Hauptsächlich vermißte man eine klare Beziehung der Hoffnung auf die schon jetzt möglichen Taten der christlichen Liebe für die Besserung der Welt zu der Wiederkunft Christi im Gericht.

In jedem Falle zeigte es sich bald, daß diese Einwände die Zustimmung zu der Vorlage überwogen, so daß man sich entschließen mußte — da das Generalthema nicht von der Tagesordnung abzusetzen war —, wenigstens der Vollversammlung ein Statement vorzulegen, das einmütig angenommen werden konnte. Nach mehrfachen Entwürfen kam schließlich eine solche theologische Wunschliste zustande, freilich nicht ohne dramatische Zwischenfälle.

Ohne Israel?

Da forderte plötzlich Dr. Farid Audeh, Präsident des Rates der Evangelischen Kirche in Syrien, mit den Delegierten des Patriarchen von Antiochien und der Koptischen Kirche in Ägypten, der folgende Passus über Israel müsse gestrichen werden: „Das Problem Israel wurde als ein wichtiger Einzelpunkt erörtert, der bei einer Behandlung der christlichen Hoffnung nicht fehlen darf. Das biblische Zeugnis vom Zusammenhang zwischen dem Schicksal Israels und der Erfüllung der christlichen Hoffnung darf nicht beiseite gelassen werden.“ Die Forderung, hierüber zu schweigen, wurde auch durch ein Telegramm des Botschafters von Libanon, Charles Malik, unterstützt, das am 27. August in die Vollversammlung hineinplatzte. Darin hieß es u. a.: „Die Verheißungen an das alte Israel wurden alle in Jesus Christus erfüllt. Es gibt keinen Beweis, daß die paulinische Lehre über die Juden ein irdisches Königreich der Juden am Ende der Tage meint.“ Die Spitze dieses Protestes richtete sich gegen die befürchtete Verwechslung der Lehre von Röm. 9—11 mit dem Staate Israel als eines eschatologischen Zeichens (was er vielleicht sogar ist, nämlich als Negation der Verheißung). Tatsächlich wurde der Passus mit 195 gegen 150 Stimmen gestrichen! Allerdings forderte eine Gruppe lutherischer Delegierter, die an dieser „politischen Entscheidung“ Ärgernis nahmen, darunter auch Prof. Heinrich Vogel, Berlin, und D. Stratenwerth, vom Kirchlichen Außenamt der EKD, unter Führung von Dr. Franklin Fry und Dr. Joseph Sittler, der Zentralauschuß solle alles Erforderliche tun, um diese Frage weiter zu studieren und einer Verwechslung zwischen dem theologischen Begriff Israel und dem Staate Israel auszuschließen.

Auch von seiten der Orthodoxen kam ein umfangreicher grundsätzlicher Einspruch, den Prof. Georges Florowsky verlas. Wir kommen darauf später im Zusammenhang einer Darstellung der orthodoxen Haltung in Evanston zurück. Hier sei nur der entscheidende Punkt erwähnt, weil er mit dem Kerngedanken des katholischen Votums über die christliche Hoffnung übereinstimmt: ein Zeugnis von der christlichen Hoffnung muß sich auf den christlichen Glauben gründen, wie er als Gabe des Heiligen Geistes in der Tradition der Kirche fortlebt. „Wenn wir in der Gegenwart in unserer verworrenen und zerrissenen Welt eine wahre Grundlage der menschlichen Hoffnung suchen, müssen wir mit Nachdruck betonen: allein in der

Kirche Gottes, der Heiligen, Katholischen und Apostolischen Kirche, kann diese Grundlage gefunden werden, denn die Kirche ist ‚der Pfeiler und die Grundfeste der Wahrheit‘.“

Die Kirche — Zeichen der Hoffnung?

Trotz dieses Einspruches, der im Ansatz wenigstens mit Teil II des Dokumentes über die Hoffnung übereinstimmte — die Kirche ist das Zeichen der Hoffnung (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 505) —, wurde aus dem zweiten Entwurf des Statement auch der Satz gestrichen: „Die Kirche ist das Zeichen der Hoffnung, wenn sie Seine Kirche ist.“ Er kehrt in der letzten Fassung in abgeschwächter Form wieder: „Die Kirche bezeugt diese Hoffnung, wenn sie in der Einheit mit ihrem Herrn sucht, seine Kirche zu sein.“ Das ist die bekannte reformierte Verwandlung des Seins von Gott her in das Tun des Menschen. Der Grundgedanke des Statement ist das Werk des Heiligen Geistes in den Menschen.

So blieb es denn dabei, wie Dr. Lilje sagte, daß es nicht so leicht ist, ein einmütiges Zeugnis abzulegen und daß „die Kirche selbst mehr neue Klarheit über die Hoffnung in ihrem Denken, in ihrem Sprechen und in ihrem Leben gewinnen muß“.

Auch in einer anderen zentralen Frage kam das Nicht-Wissen der Konferenz zum Ausdruck. Die vorgesehene Aussprache über eine Verbesserung der „christologischen Basis“ des Weltrates, d. h. der Formel „unser Herr Jesus Christus als Herr und Heiland“, wurde vertagt, weil der norwegische Antrag zu spät eingegangen und die anderen Anträge zurückgezogen worden waren (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 453, und 8. Jhg., S. 319). Von den, wie eine erste Prüfung der Texte zeigt, wenig ergebnisreichen Beschlüssen der 1. Sektion über „Unser Einssein in Christus und unsere Uneinigkeit als Kirchen“ berichten wir im folgenden Heft.

Gegen die katholische Gnadenlehre

Dagegen sei hier noch jener scharfe Vorstoß von Prof. Dr. Reinhold Niebuhr gegen die römisch-katholische Kirche verzeichnet, der in der Tagespresse erwähnt wurde, ohne daß man Einzelheiten erfahren konnte. Es handelt sich um einen Vortrag für das Plenum über „Unsere Abhängigkeit von Gott“. Er wurde am 29. August von Bischof Angus Dun verlesen, weil Niebuhr erkrankt war. Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß manche Kreise der Konferenz durch den Mund Niebuhrs ihre Antwort an Kardinal Stritch gaben. Wir drucken hier den vollen Wortlaut der Vorwürfe ab, weil man daraus eine wichtige Lehre ziehen kann. Es gilt in manchen katholischen Kreisen als ausgemacht, daß eine Hervorhebung des hierarchischen Charakters der Kirche das Una-Sancta-Gespräch belastet und daß es ratsam sei, sich in den „wesentlichen Fragen“ des Glaubens, der Innerlichkeit und des „eucharistischen Seins“ zu einigen. Niebuhr, der zu den fähigsten reformierten Theologen gehört, zeigt, daß die fundamentale Seinsverschiedenheit in der Gnadenlehre zu suchen ist:

„Wir dürfen nicht den Fehler begehen, anzunehmen, die Macht und Einheit der Kirche als Leib Christi sei notwendig zu Seiner Herrlichkeit; wir müssen deshalb gleich auf die historischen Ereignisse hinweisen, die die Einheit der Kirche zerstört haben um der Herstellung der Reinheit des Evangeliums willen. Die Einheit der Römischen Kirche ist wahrlich beeindruckend, und in mancher Hin-

sicht vielleicht auch beneidenswert, wenn wir an unsere unselige Teilung und Uneinigkeit denken. Aber die Römische Kirche kann diese Einheit und einen Teil der Kraft der göttlichen Wahrheit nur erhalten, indem sie zwei große Irrlehren der christlichen Botschaft hinzufügt. Die eine ist, die Kirche in den Rang einer Fortsetzung der Inkarnation zu erheben und sie hierdurch als wesensmäßig göttlich zu erklären, sie zum Mittler des Gerichtes Gottes zu machen, während sie doch nur der Ort sein soll, wo Gottes Gericht über Gerechte und Ungerechte verkündigt wird. Diese Irrlehre will die Kluft zwischen Göttlichem und Menschlichem verschleiern, die die Propheten Israels so wohl erkannten, will Priestern das Vorrecht geben, Eingeweihte in Gottes Ratschluß zu sein, Gottes erlösende Kraft und Plan in Händen zu haben und ‚die Schlüssel zum Himmelreich‘ zu besitzen.

Die andere Irrlehre ist entweder Folge oder Voraussetzung der ersten:

sie wandelte die Frohe Botschaft von der Vergebung der Sünden für zerschlagene Herzen in ein Schema einer ‚Verdienst-Leiter‘, die die Menschen zur Erlangung ihres Heils erklimmen müssen, wobei sie hauptsächlich die Lüste des Fleisches züchtigen sollen. Dennoch waren diese ‚Verdienst-Leiter‘ und die asketischen Übungen keine Garantie dafür, daß das Ich von der Strenge des göttlichen Gerichts zerschmettert und ein neues aus der Kreuzigung des alten hervorgehen würde.

Unnötig zu erwähnen, daß diese beiden Irrlehren nicht nur die Botschaft von der Erlösung in Christus veränderten, sondern auch eine überaus achtungsgebietende Institution etablierten und eine beunruhigend präventive Priesterschaft schufen, die den Anspruch erhebt, im Namen Christi über alle Völker herrschen zu können. Gerechtigkeit und Frieden konnten nicht hergestellt und das Evangelium nicht wahrhaft gepredigt werden, solange nicht gegen diese Ansprüche angegangen wurde.

Die Tatsache aber, daß es nicht möglich war, das Evangelium von diesen römischen Irrlehren zu reinigen, ohne es der Korruption neuer Irrlehren auszusetzen und die Kirche in das Schlepptau nationaler Aspirationen zu nehmen, ist für den Christen so lehrreich wie das erste Kapitel vom Kampf der Gerechtigkeit Gottes und der Gerechtigkeit der Menschen. Die Römische Kirche hat ein Recht dazu, die Lage unserer Kirche in ihrer unseligen Teilung durch das Eindringen historischer Faktoren und Bedingungen in die christliche Botschaft dem Gleichnis der Bibel analog zu setzen, in dem der Mensch mit einem Haus verglichen wird, das der Teufel verlassen hat und das er bei seiner Wiederkehr ‚gekehrt und geschmückt‘ findet und so ‚mit sieben Geistern, die ärger sind denn er selbst‘, wieder beziehen kann. Die verschiedenen nationalen und lokalen Einflüsse und Ansichten verfärbten die christliche Botschaft, und unser sachbedingter Verkehr mit der weltlichen Kultur hatte alle möglichen Halb-Irrlehren zur Folge. Denken wir nur an das neunzehnte Jahrhundert, in dem das Gedankengut Kants, Hegels, Freuds oder Marx' die Weisheit Christi usurpierte und die Torheit vom Kreuz mit weltlicher Weisheit vermischte.“

Diese Ausführungen Niebuhrs dienten zugleich als eine Unterstützung für den neuen, auch von lutherischer Seite vorgetragene Gedanken in den Beratungen der 1. Sektion, daß nämlich die Glaubensspaltung durchaus nicht, wie wir seit Amsterdam hörten, eine Folge der Sünde ist, sondern daß sie aus Gewissensgründen um der Wahrheit willen notwendig war und notwendig bleibt.